

Abschrift Urschrift der Begründung

zum Bebauungsplan „Am Velpker Weg II“, 1. Änderung der Gemeinde Danndorf

- vereinfachtes Verfahren gemäß § 13 Baugesetzbuch (BauGB)

INHALTSVERZEICHNIS

1. Allgemeines

- 1.01 Planungsanlass
- 1.02 Planungskonzeption
- 1.03 vereinfachtes Verfahren gem. § 13 BauGB
- 1.04 Geltungsbereich

2. Planinhalte

- 2.01 Erschließung
- 2.02 Bauliche und sonstige Nutzung
- 2.03 Lärmbelastung, Schallschutz
- 2.04 Oberflächenwasser
- 2.05 Belange des Natur- und Landschaftsschutzes

3. Kosten u. Finanzierung

4. Hinweise aus der Fachplanung

5. Ergänzende Gründe für die Planentscheidung

6. Verfahrensvermerk

Anlagen

- schalltechnische Stellungnahme
- Biotopkartierung

1. Allgemeines

1.01 Planungsanlass

Im Bebauungsplan „Am Velpker Weg II“, rechtswirksam seit 09.04.2010, wurden u.a. Festsetzungen zur Errichtung eines 3,0 m hohen Lärmschutzwalles und eines Regenrückhaltebeckens getroffen.

Es hat sich jedoch gezeigt, dass für die Erschließungsplanung des III. BA zwischen L 647 und Margaritenweg veränderte Rahmenbedingungen vorliegen.

Aufgrund der Ende 2010 fertig gestellten Ortsumgehung und der darauf folgenden Abstufung der Bundesstraße zur Landesstraße (L 647), wurden anhand einer aktuellen Verkehrszählung die Geräuschimmissionen im Plangebiet neu berechnet. Im Ergebnis wurde festgestellt, dass der Bereich zwischen L 647 und Margaritenweg zwar immer noch durch Verkehrslärm vorbelastet einzustufen ist, aber bei der heute aus Gründen des Energieeinsparungsgesetzes erforderlichen Bauausführung normalerweise keine besonderen Anforderungen zu stellen sind. Daraus ergibt sich, dass auf die Errichtung des Lärmschutzwalles verzichtet werden kann.

Jedoch ist es für die Nutzung der Außenwohnbereiche innerhalb des Lärmpegelbereichs III und IV (siehe Eintrag im anliegenden B-Planentwurf) erforderlich, massive Einfriedungen von mind. 2 m Höhe zu errichten, um sich vor den Verkehrsimmissionen zu schützen.

Weitergehende hydraulische Berechnungen zur Lage des Regenrückhaltebeckens haben ergeben, dass der im Bestandsplan festgesetzte Standort nicht geeignet ist, so dass eine Verlegung an den südwestlichen Rand des Plangebietes erforderlich wird.

Um den geänderten Rahmenbedingungen entsprechen zu können, ist eine Änderung des Bebauungsplanes erforderlich.

Mit der Änderung des Bebauungsplanes kommt die Gemeinde ihrer gesetzlichen Verpflichtung aus den Vorgaben des Baugesetzbuches nach, Bauleitpläne aufzustellen, sobald und soweit es für die städtebauliche Entwicklung und Ordnung erforderlich ist (§ 1 Abs. 3 BauGB - Planungserfordernis).

Durch die Änderung des Bebauungsplanes werden die Grundzüge der Planung nicht berührt, da es sich um eine geringfügige Änderung handelt.

Die Änderung wird im vereinfachten Verfahren gem. § 13 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.12.2006 (BGBl. I 2006 S. 3316) durchgeführt. Eine Umweltprüfung und ein Umweltbericht sind nicht erforderlich.

Das gewählte Verfahren ist aus folgenden Gründen zulässig:

- Die Grundzüge der Planung werden nicht berührt.
- Eine Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung nach dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung liegt nicht vor, da das Vorhaben nicht in die in Anlage 1 – Liste der UVP-pflichtigen Vorhaben – des UVP-Gesetzes fällt.

- Es liegen keine Anhaltspunkte für eine Beeinträchtigung der in § 1 Abs. 6 Nr. 7 b BauGB genannten Schutzgüter (FFH- und Vogelschutzgebiete) vor.

1.02 Planungskonzeption

Die Planungskonzeption des am 09.04.2010 in Kraft getretenen Bebauungsplanes „Am Velpker Weg II“ wird beibehalten.

1.03 Vereinfachtes Verfahren gem. § 13 BauGB

Das vereinfachte Verfahren kann bei Bauleitplänen angewendet werden, durch deren Änderung oder Ergänzung die Grundzüge der Planung nicht berührt werden oder bei Aufstellung eines Bebauungsplanes in einem Gebiet nach § 34 BauGB, wenn sich der aus der vorhandenen Eigenart der näheren Umgebung ergebende Zulässigkeitsmaßstab nicht wesentlich verändert.

Eine weitere Voraussetzung für die Anwendung ist,

- dass die Zulässigkeit von Vorhaben, die einer Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung nach Anlage 1 zum Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung oder nach Landesrecht unterliegen, nicht vorbereitet oder begründet wird, und
- keine Anhaltspunkte für eine Beeinträchtigung der in § 1 Abs. 6 Nr. 7 Buchstabe b BauGB genannten Schutzgüter bestehen.

Städtebauliche Zielsetzung des Bebauungsplanes ist die planungsrechtlichen Voraussetzungen für veränderte Nutzungsabsichten zu schaffen. Die Grundzüge der Planung werden nicht berührt, weil sowohl ein Regenrückhaltebecken und auch Maßnahmen zum Lärmschutz bereits Bestandteil der Ursprungsplanung waren. Die Planungskonzeption des ursprünglichen Bebauungsplanes wird beibehalten. Bezogen auf die Gesamtplanung handelt es sich hier um eine marginale Änderung.

Bei der Planungsabsicht handelt es sich weder um ein UVP-pflichtiges Vorhaben noch sind europäische Vogelschutzgebiete oder FFH Gebiete betroffen.

Sowohl die Umweltprüfung und die Erstellung eines Umweltberichtes gem. § 2 a BauGB entfällt bei Plänen nach § 13 BauGB.

1.04 Geltungsbereich

Der Geltungsbereich der Planänderung ist aus der vorliegenden Gebietsübersicht zum Bebauungsplan zu entnehmen.

2. Planinhalte

2.01 Erschließung

Entlang der L 647 sind Bereiche ohne Ein- und Ausfahrt festgesetzt, da diese außerhalb der Ortsdurchfahrt, also auf freier Strecke liegen. Mit dieser Festsetzung soll erreicht werden, dass die Zufahrten ausschließlich von den neuen Wohnwegen aus erfolgen.

Zur besseren und sicheren Erreichbarkeit des Regenrückhaltebeckens wird über den Bebauungsplan festgesetzt, dass eine Grundstückszufahrt in einer Breite von 4 m ausnahmsweise zulässig ist. Diese Zufahrt wird mit einem verschließbaren Tor versehen. Das Tor ist wie unter Pkt. 2.03 Lärmbelastung und Schallschutz beschrieben, herzustellen. Somit wird sicher gestellt, dass die Fahrzeuge, die zu Pflegearbeiten das Grundstück anfahren, nicht durch das Wohnbaugebiet fahren und der Lärmschutz für die angrenzenden Wohnbauflächen gewährleistet wird.

Entlang der nordwestlichen Plangebietsgrenze waren im rechtswirksamen B-Plan Bereiche ohne Ein- und Ausfahrt festgesetzt. Hintergrund war seinerzeit die langfristige Sicherung zur Ansiedlung eines Einkaufsmarktes und die Planung einer neuen Gemeindeverbindungsstraße. Es konnten jedoch keine Interessenten für die Realisierung dieser Planung gefunden werden, so dass die weitere Entwicklung für diese Flächen eher in Richtung Wohnbebauung geht. Auf die Festsetzung, hier keine Ein- und Ausfahrten zuzulassen, kann somit verzichtet werden.

2.02 Bauliche und sonstige Nutzung

Die Art sowie das Maß der Nutzung innerhalb des Plangebietes werden beibehalten. Sie sind nicht Gegenstand der Planänderung.

2.03 Lärmbelastung und Schallschutz

Im Rahmen der Ursprungsplanung erfolgte bereits eine schalltechnische Untersuchung zu den Geräuschimmissionen der damals noch als B 188 ausgewiesenen Bundesstraße. Hierbei wurden verschiedene Varianten für das Prognosejahr 2020 berücksichtigt, die auf einer Verkehrsprognose für die Fälle mit bzw. ohne Errichtung einer Ortsumgehung basierten. Die Ortsumgehung von Danndorf wurde mittlerweile Ende 2010 fertig gestellt. Aufgrund aktueller Zählungen der Verkehrsmengen sowie dem geänderten, für derzeitige Planungen heranzuziehenden Prognosejahr 2025 sind die Geräuschimmissionen im Plangebiet neu zu berechnen.

Daher wurde der TÜV NORD Umweltschutz GmbH & Co. KG beauftragt, die durch den Straßenverkehr auf der L 647 zu erwartenden Geräuschimmissionen im geplanten Wohnbaugebiet rechnerisch zu ermitteln und zu beurteilen. Darauf aufbauend wurden Lärmpegelbereiche ermittelt. Siehe hierzu die schalltechnische Stellungnahme des TÜV, die der Begründung als Anlage beigelegt ist.

Die durchgeführten Untersuchungen ergaben, dass die Orientierungswerte für ein allgemeines Wohngebiet nach DIN 18005-1 von tags 55 dB(A) und nachts 45dB(A) in einem Abstand bis etwas 100 m zur Straße überschritten werden. Die Grenzwerte der 16. BImSchV von tags 59 dB(A) und nachts 49dB(A) werden lediglich in der 1. Baureihe zur Straße hin überschritten.

Gemäß DIN 18005 ist ab einem Beurteilungspegel von 45 dB(A) davon auszugehen, dass selbst bei nur teilweise geöffnetem Fenster ungestörter Schlaf nicht mehr möglich ist. Der Bereich des Plangebietes, in dem nachts der Orientierungswert von 45 dB(A) überschritten wird, ist als „vorbelastet durch Verkehrslärm“ zu kennzeichnen.

Somit sind im Rahmen der Bauleitplanung Festsetzungen zum Schallschutz zu treffen.

Bauliche Maßnahmen zur Lärminderung und zum Schutz der Nachtruhe an schützenswerten Gebäuden sind bei Neubauten/Nutzungsänderungen gemäß DIN 4109 vorzusehen.

In dem, im vorliegenden Bebauungsplan eingetragenen Lärmpegelbereichen I bis IV sind bei der heute aus Gründen des Energieeinsparungsgesetzes erforderlichen Bauausführung normalerweise keine besonderen, darüber hinausgehenden Anforderungen zu stellen.

Außenwohnbereiche innerhalb des Lärmpegelbereiches III und IV sind durch Errichtung massiver Einfriedungen mit einer Höhe von mindestens 2 m vor den Verkehrsimmissionen zu schützen. Hierdurch ergibt sich eine Geräuschminderung von etwa 2 dBA bezogen auf den Zustand ohne Wand.

Um diese Minderung zu erreichen, muss die flächenbezogene Masse der Wand mindestens 10 kg/m² betragen, hierbei ist eine geschlossene, luftdichte Bauausführung erforderlich. Die Anlage kann als Wand oder Wall oder als Kombination aus beiden ausgeführt werden. Die erforderliche flächenbezogene Masse kann bereits durch Materialien wie 2 cm dicke Holzleisten (überlappender Aufbau), Gasbetonplatten oder bei Mauerwerk erreicht werden.

Um die betroffenen Grundstückseigentümer über die Immissionsschutzverhältnisse im Planbereich in Kenntnis zu setzen und zur berechtigten Abwehr von ungerechtfertigten Ansprüchen Betroffener durch den „Betrieb“, wird im Bebauungsplan auf die vorhandene Vorbelastung hingewiesen, und zwar nicht als „Festsetzung“, weil eine Vorbelastung durch Immissionen nicht festgesetzt werden kann, sondern in der Begründung und mit einer entsprechenden Kenntlichmachung auf dem Plan (nach § 9 Abs. 5 Nr. 1 BauGB).

Zur Sicherstellung des vorbeugenden Immissionsschutzes wird im Bebauungsplan der Bereich, der durch Verkehrslärm vorbelastet ist, gekennzeichnet und über die textlichen Festsetzungen zum Bebauungsplan wird eine verbindliche Aussage getroffen, dass in diesem Bereich zum Schutz der Nachtruhe Schlafräume und Kinderzimmer über schalldämpfende Zuluftanlagen zu belüftet sind. Passiver Schallschutz an den zu schützenden Wohngebäuden ist nach DIN 4109 „Schallschutz im Hochbau auf der Basis des maßgeblichen Außenlärmpegels zu dimensionieren. Durch die Festsetzung wird sichergestellt, dass die allgemeinen Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse nicht beeinträchtigt werden.

Durch die Vorgehensweise erachtet die Gemeinde Danndorf den Erfordernissen des Schallschutzes in angemessener Weise zu entsprechen.

Seitens des Nds. Landesamtes für Straßenbau und Verkehr wurde signalisiert, dass gegen die Errichtung einer 2 m hohen Lärmschutzwand parallel zur L 647, innerhalb der Bauverbotszone, keine Bedenken bestehen.

Für Unterhaltungsmaßnahmen muss die Lärmschutzmaßnahme einen Abstand von 1 m von der Grundstücksgrenze der L 647 einhalten. Zur Absicherung erfolgt eine Aussage hierzu in den textlichen Festsetzungen des Bebauungsplanes.

2.04 Oberflächenwasser

Neuere Untersuchungen zur Versickerung des Oberflächenwassers haben ergeben, dass die Realisierung des Regenrückhaltebeckens auf der im Bestandsplan festgesetzten Fläche nicht geeignet ist. Besser geeignet ist die jetzt im vorliegenden Bebauungsplan aufgenommene Fläche. Durch den Bau eines Regenwasserkanals wird das im Bereich der neuen Verkehrsflächen sowie der neuen Wohnbauflächen anfallende Oberflächenwasser in das geplante Regenrückhaltebecken im Plangebiet, das voraussichtlich als Trockenbecken ausgestaltet wird, geleitet und im Anschluss gedrosselt über den vorhandenen Straßenseitengraben entlang der L 647, der als Vorfluter dient, abgeführt. Zum Anschluss des Regenwasserkanals an das Regenrückhaltebecken ist im Bebauungsplan zu deren Absicherung ein 3 m breites Leitungsrecht zugunsten des Wasserverbandes Vorsfelde und Umgebung festgesetzt. Das Leitungsrecht wird durch Baulast bzw. dingliche Dienstbarkeit gesichert. Eine Überbauung des Leitungsrechtes bedarf der Zustimmung durch den Begünstigten. Größe und Beschaffenheit des Regenrückhaltebeckens richten sich nach den hydraulischen Berechnungen und werden im Zusammenhang mit dem Genehmigungsantrag nachgewiesen. Für den Bau des Regenrückhaltebeckens und die Einleitung des Niederschlagswassers in den Straßenseitengraben ist eine Erlaubnis nach §§ 8 und 86 WHG erforderlich.

2.05 Belange des Natur- und Landschaftsschutzes

Vorbemerkungen

Die Gemeinde Danndorf beabsichtigt, die im B-Plan „Am Velpker Weg II“ rechtsverbindlich festgesetzten Pflanzmaßnahmen teilweise neu zu ordnen.

Maßnahmen zur Kompensation des durch die Bauleitplanung verursachten Eingriffs wurden bereits im Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplanes „Am Velpker Weg II“ ermittelt.

Durch die vorliegende Planung werden keine UVP-pflichtigen Vorhaben begründet und es liegen keine Anhaltspunkte für eine Beeinträchtigung von FFH- oder Vogelschutzgebieten vor.

Lage

Die Plangebietsfläche, die derzeit noch unbebaut ist, wird begrenzt durch die L 647 und den Margaritenweg. An den Margaritenweg schließen sich vorhandene Baugebiete an.

Gesamtbeurteilung des Eingriffs

Durch die Aufhebung des im südlichen Planbereich festgesetzten Lärmschutzwalles erfolgt auch eine Aufhebung der in diesem Bereich festgesetzten Pflanzmaßnahmen. Als Nachfolgenutzung sind Wohnbauflächen und der Bau eines Regenrückhaltebeckens geplant. Die Wohnbauflächen liegen teilweise innerhalb einer 20 m breiten Bauverbotszone, in der bauliche Anlagen nicht errichtet werden dürfen.

Tabelle : Bilanzierung der Ausgleichsmaßnahmen im Planungsgebiet
Siehe Biotoptypenplan als Anhang zur Begründung

Ermittelte Flächenwerte im Bestandsplan	im Biotoptyp	Fläche (m²)	Wertfaktor	Flächenwert
Gebäude		5.057	0	0
Straßen u. Wege	X	2.161	0	0
Neuzeitlicher Ziergarten	PHX	13.107	1	13.107
RRHB	SXS	1.000	2	2.000
Pflanzstreifen, Wall	HPG/UHT	750	3	2.250
gesamt		22.075		17.357

neue Planung	Biotoptyp	Fläche (m²)	Wertfaktor	Flächenwert
Gebäude	X	5.209	0	0
Straßen u. Wege	X	2.136	0	0
Neuzeitlicher Ziergarten	PHZ	13.154	1	13.154
RRHB	SXS	1.576	2	3.252
gesamt		22.075		16.306

Durch die vorliegende Planung wird ein Kompensationsbedarf von 1.051 Flächenwertpunkten hervorgerufen. Ein Ausgleich erfolgt über die im rechtswirksamen Bebauungsplan „Am Velpker Weg II“ festgesetzten Kompensationsmaßnahmen, von denen noch ein Guthaben von 2.777 Flächenwertpunkten vorhanden ist, auf welches zurückgegriffen wird. Nach Abzug von 1.051 Flächenwertpunkten verbleibt noch ein Restguthaben von 1.726 Flächenwertpunkten für anderweitige Planungen.

3. Kosten und Finanzierung

Da alle mit der Realisierung des Plangebietes im Zusammenhang stehenden Kosten vom Erschließungsträger getragen werden, ist die Einplanung von Haushaltsmitteln hierfür nicht erforderlich.

4. Hinweise aus der Sicht der Fachplanung

Landkreis Helmstedt- vom 30.05.12

Gegen die im B-Plan getroffenen Aussagen zum Lärmschutz habe ich keine grundsätzlichen Bedenken. Ich empfehle, durch eine geeignete Formulierung klarzustellen, dass es sich bei der Schallschutzwand um eine ununterbrochene Maßnahme handeln muss, um die Abschirmwirkung für die Außenwohnbereiche der parallel zu L 647 gelegenen Grundstücke zu erreichen.

Anmerkung:

Durch folgende Ergänzung der textlichen Festsetzung Nr. 8 wird der Empfehlung gefolgt: „Außenwohnbereiche innerhalb des Lärmpegelbereiches III und IV sind durch Errichtung einer durchgehenden, ununterbrochenen massiven Einfriedung ... zu schützen.“

Es wird für möglich gehalten, dass bei einer nächsten Verkehrsschau die Geschwindigkeitsbeschränkung von 80 km/h aufgehoben und danach die Höchstgeschwindigkeit von 100 km/h gilt. Es wird angeregt, eine Alternativrechnung mit der höheren Geschwindigkeit durchführen zu lassen.

Anmerkung:

Es ist nicht Aufgabe der Bauleitplanung, auf evtl. in der Zukunft rein theoretisch zu erwartende Veränderungen einzugehen. Es würden im Vorfeld verbindliche Tatsachen ge-

schaffen werden, die dann nicht zutreffen. Mit den vorliegenden Untersuchungsergebnissen zum Verkehrslärm wurde der Nachweis erbracht, dass mit den im vorliegenden B-Plan getroffenen Festsetzungen den gesetzlichen Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse (§ 1 Abs. 6 Nr. 1 BauGB) Rechnung getragen wird.

Sollte der LK Helmstedt als zuständige Verkehrsbehörde nach Realisierung des Baugebietes eine Geschwindigkeitserhöhung in Erwägung ziehen, muss er sich bei seiner Beurteilung und Entscheidung auf jeden Fall an die dann vorhandene Situation orientieren. Das neue Baugebiet hätte dann Bestandsschutz.

Trotzdem hat der Erschließungsträger eine ergänzende schalltechnische Untersuchung zu den Auswirkungen einer evtl. veränderten Geräuscheinwirkung beim TÜV Nord, Hannover, in Auftrag gegeben. Der TÜV stellt als Untersuchungsergebnis fest, dass sich lediglich die Grenzen der Lärmpegelbereiche, die im B-Plan als LP bezeichnet sind, im LP V/IV um etwa 6 m, im LP IV/III um etwa 8 m und im LP III/II um etwa 19 m in Richtung Norden verschieben würden. In den im B-Plan gekennzeichneten LP sind bei der heute aus Gründen des Energieeinsparungsgesetzes erforderlichen Bauausführung normalerweise keine besonderen Anforderungen zu stellen. Die im vorliegenden B-Plan zum Schutz der Außenwohnbereiche festgesetzte 2 m hohe Lärmschutzmaßnahme parallel zur L 647 wäre auch bei einer möglichen Geschwindigkeitserhöhung ausreichend.

Aber wie bereits eingangs erwähnt, aus rechtlicher Sicht besteht keine Veranlassung, der Anregung des LK Helmstedt nachzukommen, da der B-Plan die gesetzlich vorgeschriebenen Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse erfüllt.

Während die wirksame Planfassung rechnerisch zu 17.357 Flächen-Wert-Einheiten führte, werden bei der jetzigen Planung nur noch 16.331 Flächen-Wert-Einheiten weniger sein.

Es ist darauf einzugehen, welche Belange gegenüber denen des Naturschutzes und der Landschaftspflege höherwertig erscheinen und warum angesichts des geringeren Kompensationsgrades im Planbereich A nicht die Kompensation im Planbereich B intensiviert wird.

Anmerkung:

Auf Ebene des ursprünglichen B-Plans wurde ausführlich auf die durch die Planung zu erwartenden Umweltauswirkungen und mit welchen Maßnahmen darauf reagiert wurde eingegangen.

Im jetzigen Planverfahren, zumal es sich hier um ein Änderungsverfahren handelt, ist eine Wiederholung entbehrlich.

Mit der vorliegenden Planung wird u.a. der im Bestandsplan festgesetzte Lärmschutzwall aufgehoben. Dafür werden Wohnbauflächen festgesetzt, aus denen ein höherer Versiegelungsgrad der Flächen und damit ein geringerer Flächenwert von 1.051 Flächenwertpunkten resultieren.

Im ursprünglichen B-Plan war als Kompensationsmaßnahme die Neuanlage eines rd. 1,9 ha großen Waldes mit Waldrandgestaltung festgesetzt mit einem errechneten Wert von 35.532 Flächenpunkten.

Durch diese Maßnahme entstand eine Überkompensation, d.h. es verblieb ein Guthaben von 2.777 Flächenwertpunkten, die für anderweitige Vorhaben genutzt werden können.

Auf dieses Guthaben wird zurückgegriffen und 1.051 Flächenwertpunkte, die durch die vorliegende Planung benötigt werden, abgezogen. Somit verbleibt für anderweitige Planungen noch ein Guthaben von 1.726 Flächenwertpunkten.

Nachdem an anderer Stelle in der SG Velpke die Überbauung einer Wasserleitung zu einem Rechtsstreit geführt hat, wird angeregt, die Leitungstrasse aus der überbaubaren Fläche herauszulösen und dies durch zusätzliche Baugrenzen parallel zu den Grenzen des Schutzstreifens deutlich zu machen.

Anmerkung:

Die Festsetzung eines Leitungsrechtes im B-Plan schafft die Rechtsgrundlage, Teile eines privaten Grundstücks für öffentliche Zwecke zu nutzen.

Zur Absicherung des Leitungsrechtes wird vor dem Verkauf eine Eintragung in das Grundbuch in Form einer Grunddienstbarkeit oder die Eintragung einer Baulast im Baulastenverzeichnis vorgenommen. Damit wird der Käufer auf das Leitungsrecht aufmerksam gemacht.

Außerdem enthält die Begründung zum B-Plan den Hinweis, dass eine Überbauung der Leitung der Zustimmung durch den Begünstigten bedarf. Weiterer Regelungsbedarf über den B-Plan wird nicht für erforderlich gehalten.

Dem Antrag auf Erlaubnis zum gedrosselten Einleiten des gesammelten Niederschlagswassers aus dem Regenrückhaltebecken in den Straßenseitengraben entlang der L 647 ist eine hydraulische Berechnung vorzulegen.

Für die Zufahrt zum Regenrückhaltebecken wird wegen der Quering des Straßenseitengrabens eine Anlagengenehmigung erforderlich.

Anmerkung:

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen u. bei Realisierung des Baugebietes durch den Erschließungsträger beachtet.

Redaktionell empfehle ich wegen der besseren Handhabbarkeit des Planes die Nummerierung der textlichen Festsetzungen in der Ursprungsfassung und in der 1. Änderung aufeinander abzustimmen.

Anmerkung:

Der Empfehlung wird durch Abstimmung der textlichen Festsetzungen wie vorgeschlagen gefolgt.

In der Entwurfs-Begründung sind keine Aussagen zu einer zusätzlichen Kostenbelastung für die Gemeinde aus der Durchführung der geänderten Festsetzungen enthalten.

Anmerkung:

In die Begründung zum B-Plan wird unter Pkt. 3 Kosten und Finanzierung folgender Wortlaut aufgenommen:

„Da alle mit der Realisierung des Plangebietes im Zusammenhang stehenden Kosten vom Erschließungsträger getragen werden, ist die Einplanung von Haushaltsmitteln hierfür nicht erforderlich.“

Damit wird der Anregung gefolgt.

Nds. Landesbehörde f. Straßenbau u. Verkehr – vom 05.06.12

Für die verkehrliche Anbindung des Regenrückhaltebeckens an die L 647 u. der Einleitung des Oberflächenwassers aus dem Regenrückhaltebecken bedarf es der vertraglichen Regelung.

Anmerkung:

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Er ist bei Realisierung des Baugebietes durch den Erschließungsträger zu beachten.

Das Regenrückhaltebecken ist mit dem Abstandsmaß zum Fahrbahnrand der Landesstraße einzutragen.

Anmerkung:

Der zeichnerische Teil des B-Planes ist im Maßstab 1 : 1000 dargestellt und entspricht den Anforderungen der Planzeichenverordnung (PlanzVO 90). Er ist hinsichtlich des Maßstabes eindeutig dargestellt, so dass auch im B-Plan nicht mit Maßen versehene Abstandsflächen eindeutig zuzuordnen sind. Die im Plan enthaltenen Maßangaben sind ausreichend, weitere sind nicht erforderlich.

Die Lärmschutzwand ist mit einem Abstand von mind. 1 m im B-Plan einzutragen, damit die Unterhaltung der Wand vom Privatgrundstück aus erfolgen kann.

Anmerkung:

Der B-Plan muss eindeutig bestimmbare Festsetzungen treffen. Hierzu gehört, dass alle Flächen einer Nutzung zugeführt werden müssen, es dürfen keine unbeplanten Flächen enthalten sein. Und genau das würde geschehen, wenn zwischen der L 647 und der Lärmschutzmaßnahmen eine Abstandsfläche von 1 m freigelassen werden würde. Diese Fläche wäre dann unbeplant.

Innerhalb der im B-Plan festgesetzten Fläche für die Errichtung einer Lärmschutzmaßnahme von 2 m Breite kann bereits durch Materialien wie 2 cm dicke Holzleisten, Gasbetonplatten oder bei Mauerwerk der Lärmschutz für die Außenwohnbereiche erreicht werden. Für Unterhaltungsmaßnahmen an der L 647 ist dann noch ausreichend Platz.

Um dem Grundsatz der Eindeutigkeit zu folgen, wird die textliche Festsetzung Nr. 8 wie folgt ergänzt:

„Die Lärmschutzmaßnahme muss parallel zur Verkehrsfläche der L 647 einen Abstand von 1 m einhalten.“

Hinweis darauf, dass für das Baugebiet seitens des Straßenbaulastträgers keine Kosten für Lärmschutzmaßnahmen übernommen werden. Ansprüche hinsichtlich der Emissionen wie Lärm, Staub, Gasen oder Erschütterungen können gegenüber dem Land nicht geltend gemacht werden.

Anmerkung:

Durch Aufnahme in die Begründung zum B-Plan werden die Hinweise beachtet.

5. Ergänzende Gründe für die Planentscheidung

Lagen nach Abschluss des Planverfahrens nicht vor.

6. Verfahrensvermerk

Die Begründung hat mit dem dazugehörigen Bebauungsplan gemäß § 3 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 14.05.2012 bis 14.06.2012 öffentlich ausgelegt. Sie wurde unter Behandlung/Berücksichtigung der zum Bauleitplanverfahren eingegangenen Stellungnahmen in der Sitzung am 28.06.2012 durch den Rat der Gemeinde Dann-dorf beschlossen.

Dann-dorf, den 29.06.2012

L.S.

Gez. Wiedemann
1. stv. Bürgermeisterin
Stv. Gemeindedirektorin

Hamburg, 08.02.2012
TNU-UBS-H / PBr

Schalltechnische Stellungnahme zu den Geräuschimmissionen im geplanten Wohnbaugebiet „Am Velpker Weg II – 3.BA“ in Dann-dorf durch die Landesstraße (L 647)

Auftraggeber:	IDB & Co. Objekte Gifhorn-Wolfsburg KG Steinweg 8 38518 Gifhorn
TÜV-Auftrags-Nr.:	8000 705 218 – 3.BA / 212 UBS 030
Umfang des Berichtes:	8 Seiten 4 Anhänge (6 Seiten)
Bearbeiter:	Dipl.-Ing. Pit Breitmoser Tel.: 0511 / 986 - 1932 E-Mail: pbreitmoser@tuev-nord.de

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1 Aufgabenstellung	3
2 Schalltechnische Orientierungswerte für die städtebauliche Planung	3
3 Ermittlung und Beurteilung der Geräuschimmissionen	4
3.1 Eingangsdaten.....	4
3.2 Geräuschimmissionen	4
3.3 Beurteilung der im Plangebiet hervorgerufenen Immissionsschallpegel.....	5
3.4 Ermittlung der Lärmpegelbereiche	5
4 Vorschläge für textliche Festsetzungen im Bebauungsplan.....	6
5 Quellenverzeichnis.....	8

Verzeichnis der Tabellen

Tabelle 1:	Kfz-Verkehr L 647 bezogen auf das Jahr 2025: DTV ₂₀₂₅ = 8.550 Kfz/24h	4
Tabelle 2:	Zuordnung der Lärmpegelbereiche.....	5

Verzeichnis der Anhänge

Anhang 1	Übersichtsplan	1 Seite
Anhang 2	Schalltechnische Orientierungswerte (aus Beiblatt 1 der DIN 18005-1)	2 Seiten
Anhang 3	Schallimmissionspläne – Tag/Nacht	2 Seiten
Anhang 4	Maßgebliche Außenlärmpegel - Kennzeichnung der Lärmpegelbereiche	1 Seite

1 Aufgabenstellung

Am südlichen Ortsrand der Gemeinde Danndorf soll ein neues Wohnbaugebiet erschlossen werden. Das Plangebiet – Bauabschnitt 3 – grenzt im Nordosten an die Landesstraße L 647 (ehemals Bundesstraße B 188) an.

Im Rahmen der Planungen zum Bauabschnitt 3 erfolgte durch uns bereits eine schalltechnische Untersuchung (Bericht vom 20.11.2007, Az: 8000 618 954) zu den Geräuschimmissionen der damals noch als B 188 ausgewiesenen Bundesstraße. Hierbei wurden verschiedene Varianten für das Prognosejahr 2020 berücksichtigt, die auf einer Verkehrsprognose für die Fälle mit bzw. ohne Errichtung einer Ortsumgehung basierten. Die Ortsumgehung von Danndorf wurde mittlerweile Ende 2010 fertig gestellt. Aufgrund aktueller Zählungen der Verkehrsmengen sowie dem geänderten, für derzeitige Planungen heranzuziehenden Prognosejahr 2025 sind die Geräuschimmissionen im Plangebiet erneut zu berechnen.

Daher wurde die TÜV NORD Umweltschutz GmbH & Co. KG beauftragt, die durch den Straßenverkehr auf der L 647 zu erwartenden Geräuschimmissionen im geplanten Wohnbaugebiet rechnerisch zu ermitteln und zu beurteilen. Darauf aufbauend sind Lärmpegelbereiche zu ermitteln.

Mit Anhang 1 haben wir einen Übersichtsplan beigelegt.

2 Schalltechnische Orientierungswerte für die städtebauliche Planung

Eine der Grundpflichten einer Gemeinde bei der Aufstellung eines Bebauungsplanes ist dafür zu sorgen, dass den allgemeinen Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse Rechnung getragen wird (§ 1 Absatz 6 Satz 1 Nr. 1 BauGB).

Auch im BImSchG (das zwar nicht unmittelbar für die Bauleitplanung, sondern nur für Vorhaben gilt) wird der Schutzanspruch der Wohnnutzung definiert:

„Bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen sind die für eine bestimmte Nutzung vorgesehenen Flächen einander so zuzuordnen, dass schädliche Umwelteinwirkungen und von schweren Unfällen im Sinne des Artikels 3 Nr. 5 der Richtlinie 96/82/EG in Betriebsbereichen hervorgerufene Auswirkungen auf die ausschließlich oder überwiegend dem Wohnen dienenden Gebiete sowie auf sonstige schutzbedürftige Gebiete, insbesondere öffentlich genutzte Gebiete, wichtige Verkehrswege, Freizeitgebiete und unter dem Gesichtspunkt des Naturschutzes besonders wertvolle oder besonders empfindliche Gebiete und öffentlich genutzte Gebäude, so weit wie möglich vermieden werden.“ (§ 50 BImSchG)

Bei der Bauleitplanung sind in der Regel den verschiedenen schutzbedürftigen Nutzungen die im Beiblatt 1 zur DIN 18005, Teil 1 (siehe Anhang 2) aufgeführten schalltechnischen Orientierungswerte zuzuordnen.

Danach sollten die folgenden Orientierungswerte nach Möglichkeit nicht überschritten werden:

Allgemeine Wohngebiete (WA):	tagsüber	(06:00 bis 22:00 Uhr)	55 dB(A)
	nachts	(22:00 bis 06:00 Uhr)	45/40 dB(A)
Mischgebiete (MI):	tagsüber	(06:00 bis 22:00 Uhr)	60 dB(A)
	nachts	(22:00 bis 06:00 Uhr)	50/45 dB(A)

Bei den zwei angegebenen schalltechnischen Orientierungswerten für die Nachtzeit ist der höhere für die Beurteilung von Geräuschimmissionen aus dem Bereich "Verkehrslärm", der niedrigere für die Beurteilung von Geräuschimmissionen aus dem Bereich "Gewerbelärm" in Ansatz zu bringen.

Auf eine Angabe von einzelnen Immissionsorten innerhalb des Plangebietes wird verzichtet; vielmehr werden wir im Plangebiet Immissionsorte auf einem Raster anordnen und anschließend die ermittelten Immissionsschallpegel flächenmäßig darstellen. Hierdurch lassen sich die Bereiche erkennen, in denen Nutzungskonflikte vorliegen

3 Ermittlung und Beurteilung der Geräuschimmissionen

Die Berechnung der durch den Kfz-Verkehr auf öffentlichen Straßen verursachten Immissionsschallpegel erfolgt nach den Vorschriften der "Richtlinien für den Lärmschutz an Straßen - RLS-90", berichtiger Nachdruck Februar 1992. Dabei wird auf die in Kapitel 3.1 aufgeführten Emissionsschallpegel zurückgegriffen.

3.1 Eingangsdaten

Für die Landesstraße L 647 liegen uns die Verkehrsmengen aus einer Zählung der Samtgemeinde Velpke vom März 2011 vor. Die über eine Woche durchgeführte Zählung ergab nach unseren Auswertungen für den relevanten Abschnitt der L 647 einen DTV₂₀₁₁ = 7.500 Kfz/24 h und einen SV-Anteil von 4 %.

Für Prognosen von Verkehrsgläuschen ist die zukünftig vorliegende, auf das Jahr 2025 hochgerechnete Verkehrsmenge in Ansatz zu bringen. Da uns für diesen Zeitraum keine Zahlen vorliegen, erfolgt von uns aufbauend auf den oben genannten Angaben im Sinne einer konservativen Abschätzung die Erhöhung des Verkehrsaufkommens von 1 % je Jahr.

Für die Berechnung ergeben sich die in Tabelle 1 aufgeführte Emissionsschallpegel. Dabei sind wir von einer asphaltierten Straßenoberfläche ($D_{Str0} = 0$ dB) ausgegangen. Zuschläge für die Fahrbahnsteigung (bei Steigungen von > 5%) sind nicht zu berücksichtigen. Die Verteilung des Verkehrsaufkommens erfolgt entsprechend den Standardwerten nach Tabelle 3 der RLS-90 für Landesstraßen.

Tabelle 1: Kfz-Verkehr L 647 bezogen auf das Jahr 2025: DTV₂₀₂₅ = 8.550 Kfz/24h

Streckenabschnitt	V _{zul} km/h	M _T Kfz/h	p _T %	L _{m,E,T} dB(A)	M _N Kfz/h	p _N %	L _{m,E,N} dB(A)
Danndorf	50			60,6			51,8
L 647; außerorts	80	513	4	63,9	68	4	55,2

3.2 Geräuschimmissionen

Die unter diesen Voraussetzungen im Plangebiet zu erwartenden Immissionsschallpegel wurden mit dem Rechenprogramm IMMI Version 2011-1 des Ing. Büros Wölfel ermittelt.

Auf der Basis der vorstehend aufgeführten Ausgangsdaten haben wir die im Plangebiet bei freier Schallausbreitung zu erwartenden Beurteilungspegel berechnet. Es ergeben sich im beabsichtigten Wohngebiet Immissionsschallpegel für das erste Obergeschoss (h = 5,6 m) von

zur Tageszeit < 62 dB(A),
zur Nachtzeit < 53 dB(A).

Die Ergebnisse dieser Berechnungen haben wir in Form von Schallimmissionsplänen für die Tages- und Nachtzeit für das 1. Obergeschoss (1. OG in 5,6 m Höhe) in Anhang 3 beigelegt.

Die Orientierungswerte für ein allgemeines Wohngebiet nach DIN 18005-1 von tags 55 dB(A) und nachts 45 dB(A) werden im geplanten 3. Bauabschnitt in einem Abstand bis etwa 100 m zur Straße überschritten. Die Grenzwerte der 16. BImSchV von tags 59 dB(A) und nachts 49 dB(A) werden lediglich in der 1. Baureihe zur Straße hin überschritten.

3.3 Beurteilung der im Plangebiet hervorgerufenen Immissionsschallpegel

Gemäß DIN 18005 ist ab einem Beurteilungspegel von 45 dB(A) davon auszugehen, dass selbst bei nur teilweise geöffnetem Fenster ungestörter Schlaf nicht mehr möglich ist. Der Bereich des Plangebiets, in dem nachts der Orientierungswert von 45 dB(A) überschritten wird, ist in einem Bebauungsplan als „vorbelastet durch Verkehrslärm“ zu kennzeichnen.

Der Bereich, in dem 59 dB(A) tagsüber erreicht wird, ist als Grenze für nutzbare Außenwohnbereiche wie Terrassen/Balkone bei einer Ausweisung als allgemeines Wohngebiet zu sehen. Daher sollten Außenwohnbereiche in der 1. Baureihe ausschließlich an der straßenabgewandten Fassadenseite errichtet werden.

Somit sind im Rahmen der Bauleitplanung Festsetzungen zum Schallschutz zu treffen. (s. Pkt. 4)

Bauliche Maßnahmen zur Lärminderung und zum Schutz der Nachtruhe an schützenswerten Gebäuden sind bei Neubauten/Nutzungsänderungen gemäß DIN 4109 vorzusehen

3.4 Ermittlung der Lärmpegelbereiche

Passiver Schallschutz an den zu schützenden Wohngebäuden wird nach der DIN 4109 "Schallschutz im Hochbau" auf der Basis des maßgeblichen Außenlärmpegels dimensioniert. Dieser berechnet sich aus dem für die Tageszeit ermittelten Immissionsschallpegel unter Berücksichtigung eines Pegelzuschlages von 3 dB(A).

Ausgehend von diesem maßgeblichen Außenlärmpegel – siehe Anhang 4 - wird eine Einstufung der Lärmpegelbereiche vorgenommen. Die einzelnen Lärmpegelbereiche sind wie folgt festgelegt:

Tabelle 2: Zuordnung der Lärmpegelbereiche

Maßgeblicher Außenlärmpegel	Lärmpegelbereich
bis 55 dB(A)	I
56 bis 60 dB(A)	II
61 bis 65 dB(A)	III
66 bis 70 dB(A)	IV
71 bis 75 dB(A)	V
76 bis 80 dB(A)	VI
> 80 dB(A)	VII

In den, im geplanten Bauabschnitt 3 vorliegenden, Lärmpegelbereichen I bis III sind bei der heute aus Gründen des Energieeinsparungsgesetzes erforderlichen Bauausführung normalerweise keine besonderen, darüber hinausgehenden Anforderungen zu stellen.

Wir empfehlen allerdings, den südlichen Bereich des allgemeinen Wohngebiets mit nachts > 45 dB(A) im Bebauungsplan als „vorbelastet durch Verkehrslärm“ zu kennzeichnen. Der Schutz der Nachtruhe kann durch baulichen Schallschutz in Form schalldämmenden Zuluftelementen (Flüsterlüfter) für Schlafräume / Kinderzimmer gewährleistet werden. Bei Außenlärmpegeln von über 45 dB(A) ist selbst bei nur teilweise geöffnetem Fenster ungestörter Schlaf häufig nicht mehr möglich.

Alternativ kann die Belüftung der Schlafräume/Kinderzimmer auch über Fenster in der lärmabgewandten Nordwestseite erfolgen.

4 Vorschläge für textliche Festsetzungen im Bebauungsplan

Der Planbereich liegt in einem Gebiet, das teilweise durch Verkehrslärm vorbelastet ist. Für das Plangebiet gelten die Lärmpegelbereiche I bis III.

Wir empfehlen, die folgenden (unseren Untersuchungen zugrunde liegenden) Hinweise in die textlichen Festsetzungen des geplanten Bebauungsplanes zu übernehmen:

1. Innerhalb der gekennzeichneten Lärmpegelbereiche gemäß DIN 4109 „Schallschutz im Hochbau“ (Beuth Verlag / Berlin) sind lärmzugewandte Gebäudeseiten und Dachflächen von schutzbedürftigen Räumen mit einem resultierenden bewerteten Schalldämm-Maß $R'_{w,res}$ entsprechend der nachfolgenden Tabelle zu realisieren:

Lärmpegelbereich	Maßgeblicher Außenlärmpegel [dB(A)]	Erforderliches resultierendes Schalldämm-Maß des Außenbauteils $R'_{w,res}$ [dB]	
		Aufenthalts- und Wohnräume	Büroräume und ähnliches
I	bis 55	30	-
II	56 – 60	30	30
III	61 – 65	35	30
IV	66 – 70	40	35

Für lärmabgewandte Gebäudeseiten darf der maßgebliche Außenlärmpegel entsprechend Pkt. 5.5.1 der DIN 4109 ohne besonderen Nachweis bei offener Bebauung um 5 dB(A) und bei geschlossener Bebauung bzw. Innenhöfen um 10 dB(A) gemindert werden.

2. Innerhalb der Lärmpegelbereiche II und III sind in Schlafräumen und Kinderzimmern schalldämpfende Lüftungseinrichtungen vorzusehen, die mit einem dem Schalldämm-Maß der Fenster entsprechenden Einfügungsdämpfungsmaß ausgestattet sind, wenn keine Lüftungsmöglichkeit zur lärmabgewandten Gebäudeseite besteht.
3. Von den Festsetzungen der vorhergehenden Punkte kann abgewichen werden, sofern im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens prüfbar nachgewiesen wird, dass sich durch die

Eigenabschirmung der Baukörper bzw. durch Abschirmungen vorgelagerter Baukörper der maßgebliche Außenlärmpegel verringert.

4. Außenwohnbereiche innerhalb des Lärmpegelbereiches III sind auf der lärmabgewandten Gebäudeseite anzuordnen oder durch die Stellung von Nebenanlagen oder Garagen und / oder massiven Einfriedungen mit einer Höhe von mindestens 2 m vor den Verkehrsimmissionen zu schützen.

Hinweise:

Das Plangebiet ist durch Verkehrslärm vorbelastet, so dass passive Schallschutzmaßnahmen gemäß DIN 4109 „Schallschutz im Hochbau“ erforderlich sind. Die DIN 4109 „Schallschutz im Hochbau“ ist im Beuth Verlag / Berlin erschienen und als technische Baubestimmung durch das niedersächsische Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit bekannt gegeben (Nds. Ministerialblatt 1991, S. 259, geändert Nds. Ministerialblatt 2005, S. 941).

Der Sachverständige

Pit Breitmoser

Dipl.-Ing. Pit Breitmoser

Qualitätssicherung: Dipl.-Ing. Tim Reske

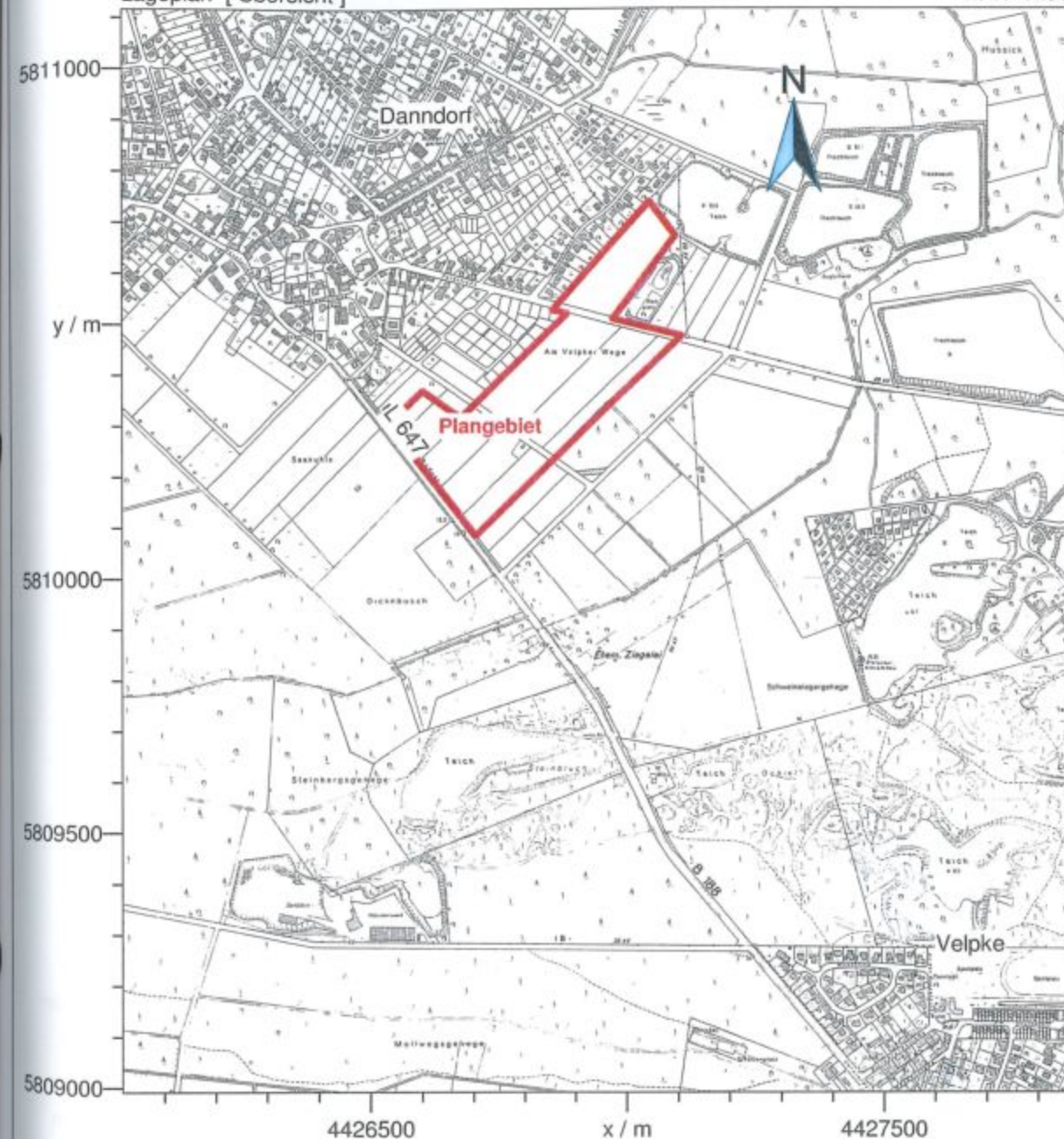
5 Quellenverzeichnis

Bei der Untersuchung wurden die Ausführungen der folgenden Gesetze, Verwaltungsvorschriften, Normen und Richtlinien zugrunde gelegt:

- | | | |
|-----|--------------------------------------|--|
| /1/ | BlmSchG | "Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen u. ä. Vorgänge" (Bundes-Immissionsschutzgesetz) in der Neufassung der Bekanntmachung vom 26. September 2002, aktuelle Fassung |
| /2/ | BauGB | "Baugesetzbuch" in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004, aktuelle Fassung |
| /3/ | BauNVO | "Baunutzungsverordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke" in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 1990, zuletzt geändert am 22. April 1993 |
| /4/ | DIN 18 005
Teil 1 | "Schallschutz im Städtebau"
Ausgabe 2002 |
| /5/ | Beiblatt 1
zu DIN 18005
Teil 1 | "Schallschutz im Städtebau"
Berechnungsverfahren, Schalltechnische Orientierungswerte für die städtebauliche Planung
Ausgabe Mai 1987 |
| /6/ | 16. BImSchV | "Sechzehnte Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes" (Verkehrslärmschutzverordnung) vom 12. Juni 1990, zuletzt geändert am 19. September 2006 |
| /7/ | RLS-90 | "Richtlinien für den Lärmschutz an Straßen"
Ausgabe April 1990,
Berichtigter Nachdruck Februar 1992 |
| /8/ | DIN 4109 | "Schallschutz im Hochbau";
Anforderungen und Nachweise
Ausgabe November 1989 |

Lageplan [Übersicht]

M 1: 12500



Auftraggeber: IDB & Co. Objekte Gifhorn - Wolfsburg KG
Projekt: Geräuschimmissionen der L 647
Erschließung "Am Velpker Weg II - 3.BA"
Planinhalt: Übersichtsplan

Bearbeiter: TNU-UBS-H/PBr
Datum: 08.02.2012

IMI 2011-1

1 Schalltechnische Orientierungswerte für die städtebauliche Planung

1.1 Orientierungswerte

Bei der Bauleitplanung nach dem Baugesetzbuch und der Baunutzungsverordnung (BauNVO) sind in der Regel den verschiedenen schutzbedürftigen Nutzungen (z. B. Bauflächen, Baugebieten, sonstigen Flächen) folgende Orientierungswerte für den Beurteilungspegel zuzuordnen. Ihre Einhaltung oder Unterschreitung ist wünschenswert, um die mit der Eigenart des betreffenden Baugebietes oder der betreffenden Baufläche verbundene Erwartung auf angemessenen Schutz vor Lärmbelastungen zu erfüllen:

- | | | |
|----|---|------------------------|
| a) | Bei reinen Wohngebieten (WR), Wochenendhausgebieten, Ferienhausgebieten | |
| | tags | 50 dB(A) |
| | nachts | 40 dB(A) bzw. 35 dB(A) |
| b) | Bei allgemeinen Wohngebieten (WA), Kleinsiedlungsgebieten (WS) und Campingplatzgebieten | |
| | tags | 55 dB(A) |
| | nachts | 45 dB(A) bzw. 40 dB(A) |
| c) | Bei Friedhöfen, Kleingartenanlagen und Parkanlagen | |
| | tags und nachts | 55 dB(A) |
| d) | Bei besonderen Wohngebieten (WB) | |
| | tags | 60 dB(A) |
| | nachts | 45 dB(A) bzw. 40 dB(A) |
| e) | Bei Dorfgebieten (MD) und Mischgebieten (MI) | |
| | tags | 60 dB(A) |
| | nachts | 50 dB(A) bzw. 45 dB(A) |
| f) | Bei Kerngebieten (MK) und Gewerbegebieten (GE) | |
| | tags | 65 dB(A) |
| | nachts | 55 dB(A) bzw. 50 dB(A) |

- g) Bei sonstigen Sondergebieten, soweit sie schutzbedürftig sind, je nach Nutzungsart
- | | | |
|--------|--------------|----------|
| tags | 45 dB(A) bis | 65 dB(A) |
| nachts | 35 dB(A) bis | 65 dB(A) |

- h) Bei Industriegebieten (GI) ¹⁾.

Bei zwei angegebenen Nachtwerten soll der niedrigere für Industrie-, Gewerbe- und Freizeitlärm sowie für Geräusche von vergleichbaren öffentlichen Betrieben gelten.

Die Orientierungswerte sollten bereits auf den Rand der Bauflächen oder der überbaubaren Grundstücksflächen in den jeweiligen Baugebieten oder der Flächen sonstiger Nutzung bezogen werden.

Anmerkung: Bei Beurteilungspegeln über 45 dB(A) ist selbst bei nur teilweise geöffnetem Fenster ungestörter Schlaf häufig nicht mehr möglich.

1.2 Hinweise für die Anwendung der Orientierungswerte

Die in Abschnitt 1.1 genannten Orientierungswerte sind als eine sachverständige Konkretisierung der Anforderungen an den Schallschutz im Städtebau aufzufassen.

Der Belang des Schallschutzes ist bei der in der städtebaulichen Planung erforderlichen Abwägung der Belange als ein wichtiger Planungsgrundsatz neben anderen Belangen - z. B. dem Gesichtspunkt der Erhaltung überkommener Stadtstrukturen - zu verstehen. Die Abwägung kann in bestimmten Fällen bei Überwiegen anderer Belange - insbesondere in bebauten Gebieten - zu einer entsprechenden Zurückstellung des Schallschutzes führen.

¹⁾ Für Industriegebiete kann - soweit keine Gliederung nach § 1 Abs. 4 und 9 Bau NVO erfolgt - kein Orientierungswert angegeben werden. Die Schallemission der Industriegebiete ist nach DIN 18005 Teil 1/05.87, Abschnitt 4.5 zu bestimmen.

Die Beurteilungspegel der Geräusche verschiedener Arten von Schallquellen (Verkehr, Industrie und Gewerbe, Freizeitlärm) sollen wegen der unterschiedlichen Einstellung der Betroffenen zu verschiedenen Arten von Geräuschquellen jeweils für sich allein mit den Orientierungswerten verglichen und nicht addiert werden.

Für die Beurteilung ist in der Regel tags der Zeitraum von 06.00 bis 22.00 Uhr und nachts der Zeitraum von 22.00 bis 06.00 Uhr zugrunde zu legen. Falls nach örtlichen Verhältnissen andere Regelungen gelten, soll eine mindestens achtstündige Nachtruhe sichergestellt sein.

Die Bauflächen, Baugebiete, Sondergebiete und sonstigen Flächen nach Abschnitt 1.1 entsprechen dem Baugesetzbuch und der Baunutzungsverordnung.

Soweit bei vorhandener Bebauung der Baunutzungsverordnung entsprechende Baugebiete nicht festgesetzt sind, sind die Orientierungswerte nach Abschnitt 1.1 den Gebieten der Eigenart der vorhandenen Bebauung entsprechend zuzuordnen.

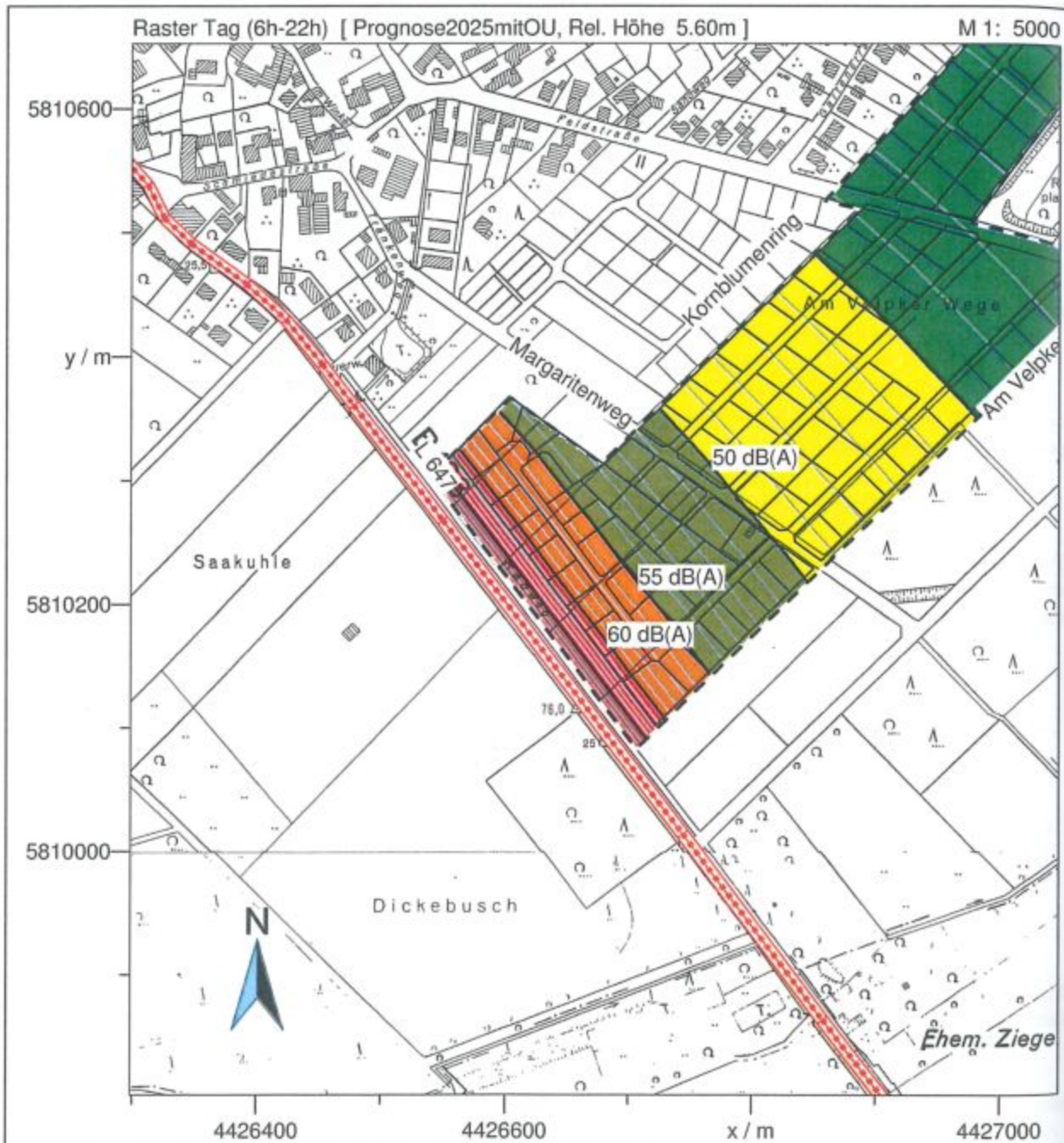
Eine Unterschreitung der Orientierungswerte kann sich beispielsweise empfehlen

- zum Schutz besonders schutzbedürftiger Nutzungen,
- zur Erhaltung oder Schaffung besonders ruhiger Wohnlagen.

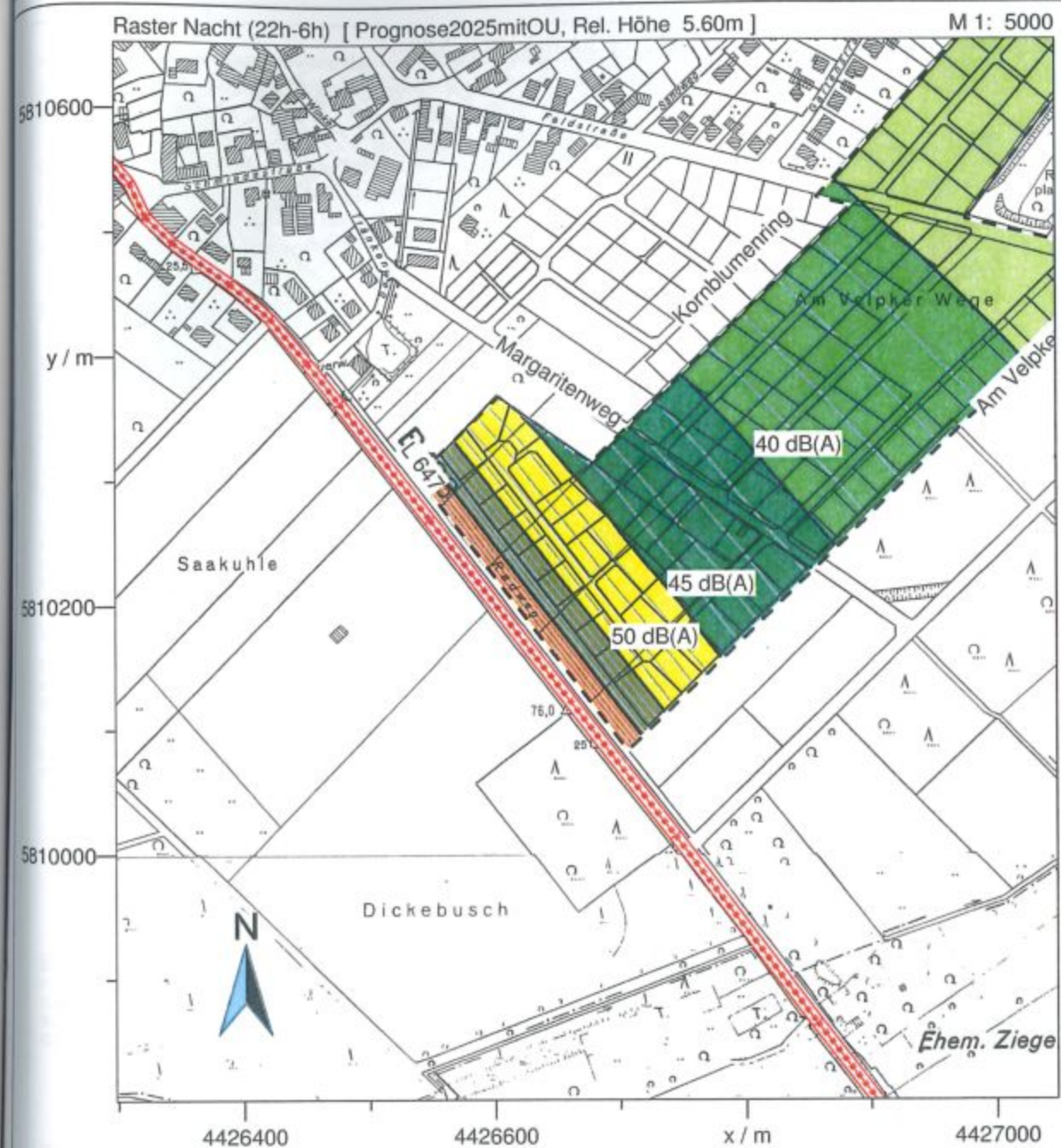
In vorbelasteten Bereichen, insbesondere bei vorhandener Bebauung, bestehenden Verkehrswegen und in Gemengelagen, lassen sich die Orientierungswerte oft nicht einhalten. Wo im Rahmen der Abwägung mit plausibler Begründung von den Orientierungswerten abgewichen werden soll, weil andere Belange überwiegen, sollte möglichst ein Ausgleich durch andere geeignete Maßnahmen (z. B. geeignet Gebäudeanordnung und Grundrißgestaltung, bauliche Schallschutzmaßnahmen - insbesondere für Schlafräume) vorgesehen und planungsrechtlich abgesichert werden.

Überschreitungen der Orientierungswerte nach Abschnitt 1.1 und entsprechende Maßnahmen zum Erreichen ausreichenden Schallschutzes (siehe hierzu z. B. VDI 2718 (z. Z. Entwurf)) sollen im Erläuterungsbericht zum Flächennutzungsplan oder in der Begründung zum Bebauungsplan beschrieben und gegebenenfalls in den Plänen gekennzeichnet werden.

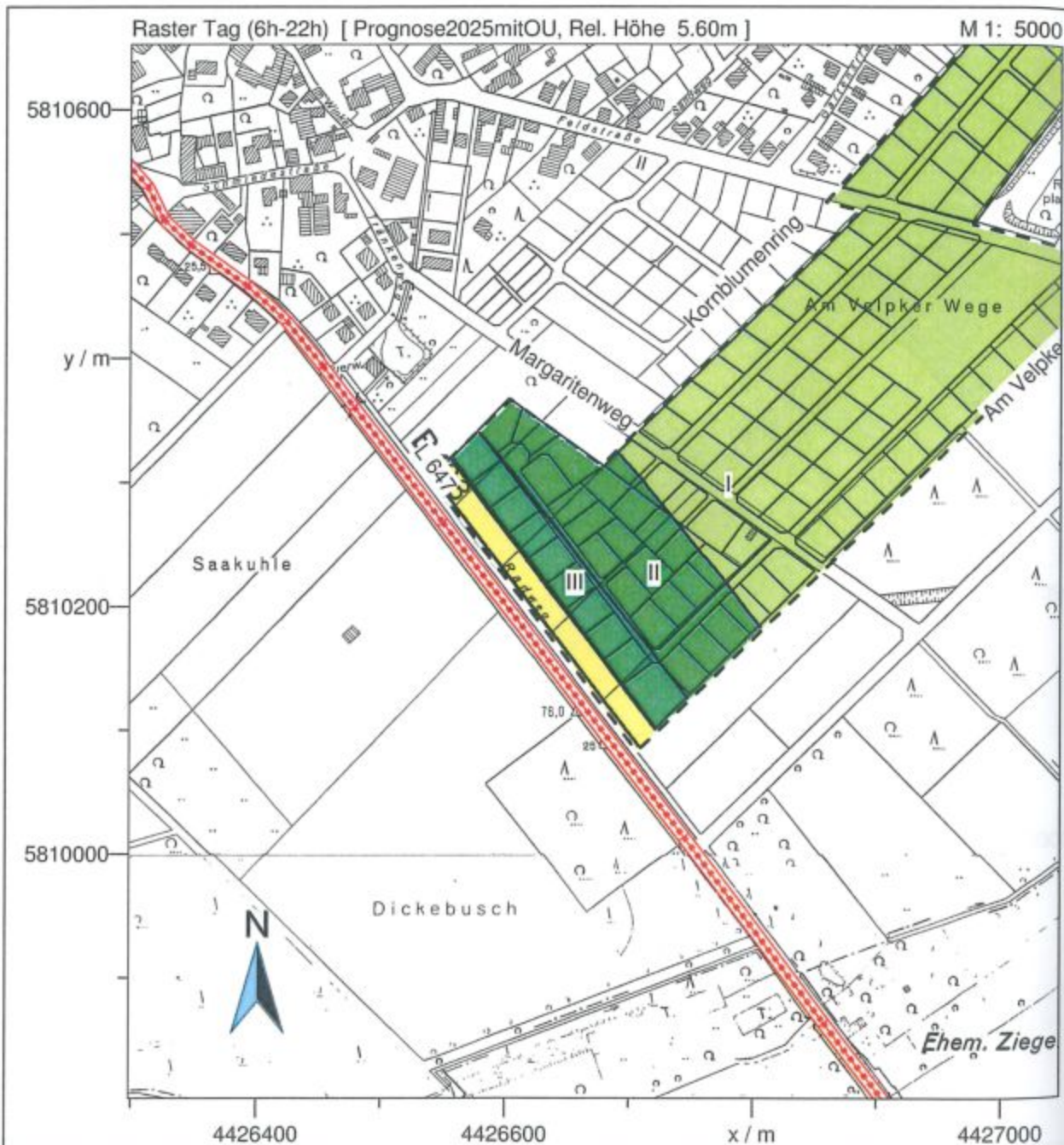
Werden zwischen schutzbedürftigen Gebieten und gewerblich genutzten Gebieten die nach DIN 18005 Teil 1/05.87, Abschnitt 4.5 in Verbindung mit Abschnitt 1.1 berechneten Schutzabstände eingehalten, so kann davon ausgegangen werden, daß diese Gebiete ohne zusätzliche planungsrechtliche Schallschutzmaßnahmen ihrer Bestimmung entsprechend genutzt werden können.



	Tag (6h-22h)	Auftraggeber:	IDB & Co. Objekte Gifhorn - Wolfsburg KG
	Pegel	Projekt:	Geräuschimmissionen der L 647
	dB(A)	Planinhalt:	Erschließung "Am Velpker Weg II - 3.BA"
	>...-35		Schallimmissionsplan - Tageszeit
	>35-40		Situation mit Ortsumgehung - Prognosejahr 2025
	>40-45		freie Schallausbreitung, 1. OG
	>45-50		
	>50-55	Bearbeiter:	TNU-UBS-H/PBr
	>55-60	Datum:	08.02.2012
	>60-65		
	>65-70		
	>70-75		
	>75-80		
	>80-...		



	Nacht (22h-6h)	Auftraggeber:	IDB & Co. Objekte Gifhorn - Wolfsburg KG
	Pegel	Projekt:	Geräuschimmissionen der L 647
	dB(A)	Planinhalt:	Erschließung "Am Velpker Weg II - 3.BA"
	>...-35		Schallimmissionsplan - Nachtzeit
	>35-40		Situation mit Ortsumgehung - Prognosejahr 2025
	>40-45		freie Schallausbreitung, 1. OG
	>45-50		
	>50-55	Bearbeiter:	TNU-UBS-H/PBr
	>55-60	Datum:	08.02.2012
	>60-65		
	>65-70		
	>70-75		
	>75-80		
	>80-...		



Tag (6h-22h)
DIN 4109 (+3dB)
Lärmpegelbereiche

I	-55 dB(A)
II	56-60 dB(A)
III	61-65 dB(A)
IV	66-70 dB(A)
V	71-75 dB(A)
VI	76-80 dB(A)
VII	>80 dB(A)

Auftraggeber: IDB & Co. Objekte Gifhorn - Wolfsburg KG
 Projekt: Geräuschimmissionen der L 647
 Erschließung "Am Velpker Weg II - 3.BA"
 Planinhalt: maßgebliche Außenlärmpegel
 Kennzeichnung der Lärmpegelbereiche
 Bearbeiter: TNU-UBS-H/PBr
 Datum: 08.02.2012

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: Breitmoser, Pit [mailto:pbreitmoser@tuev-nord.de]

Gesendet: Donnerstag, 22. März 2012 15:12

An: Wolpers, Ulrike

Betreff: Danndorf, 3. BA

Hallo Frau Wolpers,

wird eine 2 m hohe Wand entlang der südlichen Baugrenze der zur Straße hin ersten Baureihe errichtet, so ergibt sich auf den wohnlich genutzten Außenbereichen dieser Baufelder eine Geräuschminderung von etwa 2 dB bezogen auf den Zustand ohne Wand.

Um diese Minderung zu erreichen, muss die flächenbezogene Masse der Wand mindestens 10 kg/m² betragen, hierbei ist eine geschlossene, luftdichte Bauausführung erforderlich. Die Anlage kann als Wand oder Wall oder als Kombination aus beiden ausgeführt werden. Die erforderliche flächenbezogene Masse kann bereits durch Materialien wie 2 cm dicke Holzleisten (überlappenden Aufbau), Gasbetonplatten oder bei Mauerwerk erreicht werden.

Mit freundlichen Grüßen

Pit Breitmoser

Sachverständiger
TÜV NORD Umweltschutz GmbH & Co. KG
 Schall- und Schwingungstechnik
 Am TÜV 1, 30519 Hannover

Tel.: +49 511 986 1932
 Fax: +49 511 986 1136
 IFax: +49 511 986 2899 9624
 Mobil: +49 160 888 1932

Email: pbreitmoser@tuev-nord.de

Web: www.tuev-nord-umwelt.de

Diese E-Mail enthält vertrauliche und/oder rechtlich geschützte Informationen. Wenn Sie nicht der richtige Adressat sind oder diese E-Mail irrtümlich erhalten haben, informieren Sie bitte sofort den Absender und vernichten Sie diese Mail. Das unerlaubte Kopieren sowie die unbefugte Weitergabe dieser Mail ist nicht gestattet.

This e-mail may contain confidential and/or privileged information. If you are not the intended recipient (or have received this e-mail in error) please notify the sender immediately and destroy this e-mail. Any unauthorised copying, disclosure or distribution of the material in this e-mail is strictly forbidden.

Sitz der Gesellschaft: TÜV NORD Umweltschutz GmbH & Co. KG * Gr. Bahnstr. 31 * 22525 Hamburg
 Registergericht: Amtsgericht Hamburg * HRA 96733 * USt-IdNr.: DE 813376373
 Komplementär: TÜV NORD Umweltschutz Verwaltungsgesellschaft mbH, Hamburg
 Registergericht: Amtsgericht Hamburg - HRB 82195
 Geschäftsführer: Dipl.-Ing. Ingolf Gerling

TÜV NORD

Wir machen die Welt sicherer
 Making our world safer

Please visit our website: www.tuev-nord.com
 Besuchen Sie unseren Internetauftritt: www.tuev-nord.de

Biototypen

ASI	Sandacker in Intensivnutzung
ASw	Sandacker, wiesenartige Brache
BRR	Brombeergestrüpp
HBE	Einzelbaum
OED	Verdichtetes Einzelhausgebiet
OVW	Weg
TFK	Fläche mit Kiesdecke
UHT	Halbruderale Gras- und Staudenflur trockener Standorte
WZK	Kiefernforst

- - - Grenze des Untersuchungsgebietes
- - - Grenze des Gültigkeitsbereiches des Bebauungsplanes (nachrichtliche Übernahme)
- Grenze von Biotopen, sofern von einer Parzellengrenze abweichend

Kartengrundlage

Liegenschaftskarte
angefertigt vom Katasteramt Gilhorn
Az.: L 4 218/2007
Stand vom 08.2007



Büro für Geoinformation, Landentwicklung
und Umweltschutz
Am Zinsberg 1
38104 Wolfsburg
Telefon: 05361 401-111
Fax: 05361 401-112
E-Mail: info@geoinformation-wolfsburg.de

Gemeinde Dandorf

Bebauungsplan »Am Velpker Weg II«

Biototypenplan



BIO DATA	Blatt 1	Maßstab: 1:2.500	Datum: 15.03.2009
Biototypenplan	Blatt 1 von 1	Anteil: Partielle	publisch: P/B